



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Nr. 104, Februar 2017

42. Politischer Aschermittwoch der Zellerauer SPD

**1. März 2017, 19:30 Uhr
Mennas Time Out, Frankfurter Straße 1**

Rente – gerecht und bezahlbar

Diskussion mit

Eva-Maria Linsenbreder

Bundestagskandidatin der SPD im Wahlkreis Würzburg,
1. Bürgermeisterin von Kleinrinderfeld und
Vizepräsidentin des Bezirkstags.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen.

Die Zellerauer SPD vor Ort

Über 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger nahmen am 9. September 2016 an der Begehung zum Thema „Wohnen in der Zellerau“ teil, die über drei Stationen durch die Zellerau führte und in der Gaststätte „Zur Zeller Au“ einen gemütlichen Ausklang fand.

Zellerauer SPD fordert Erhalt des „Dencklerblocks“

Ausgangspunkt der Begehung waren die zwei in den 30er Jahren von der Handwerker-Baugenossenschaft errichteten Wohnblöcke zwischen Scherenberg- und Fröhlichstraße. Sie befinden sich seit Jahrzehnten im Eigentum von Immobilien-Verwaltungsgesellschaften.



Die zwei Wohnblöcke sind in die Liste der Baudenkmäler des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege eingetragen. Aufgrund der seit langem unterlassenen Investitionen sind sie in einem sich permanent verschlechternden Zustand, und dies bei deutlich gestiegenen Mieten. Anzeichen, die für die Zellerauer SPD darauf hindeuten, dass am Ende ein irreparabel baufälliger „Dencklerblock“



stehen könnte, aus dem zuvor nur Mietwohnungen herausgezogen wurden, oder gar für ein Spekulationsobjekt?.

Die Zellerauer SPD fordert den Erhalt des „Dencklerblocks“ und sieht hier auch die öffentliche Hand gefordert. Dies bekräftigten Stadträtin Gisela Pfannes und Georg Rosenthal, Landtagsabgeordneter und ehemaliger Oberbürgermeister Würzburgs.

Am 18.11.2016 wurden im Rahmen einer Feier des SPD-Stadtverbandes Würzburg folgende Mitglieder unseres Ortsvereines für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt:

für 25-jährige Mitgliedschaft:
Brigitte Mayer

für 40-jährige Mitgliedschaft:
Thomas Bauer, Gerd Eickelpasch
und Jens Kulicke

Herzlichen Glückwunsch!

Neues Wohnen Brunostraße

Hans Sartoris, Geschäftsführer der Stadtbau Würzburg GmbH, stellte anschließend das Neubauprojekt Brunostraße vor. Hier entstand mit 146 Wohnungen eine Mischung aus 38 geförderten Sozialwohnungen, 66 frei finanzierten Mietwohnungen und 42 Eigentumswohnungen. Eine sozial stabile Mischung, die die Zellerauer SPD ausdrücklich begrüßt.

Auf gleicher bebauter Grundfläche wurde mehr Wohnfläche geschaffen, das Umfeld der Häuser ist von Grün bestimmt, mittlerweile wohnen hier mehr Familien mit Kindern. Positiv wurde in der Diskussion die durchgängige Barrierefreiheit bewertet.

Die Vorgängergebäude, die aus 1946 stammen und deren Sanierung nicht wirtschaftlich gewesen wäre, wurden abgerissen. Die angrenzenden Wohngebäude im stadtauswärts gelegenen Teil wurden saniert.

Sanierungskonzept Weißenburg-/Benzstraße

An der Ecke Weißenburgstraße/Moscheeweg stellte Hans Sartoris das umgesetzte Sanierungskonzept vor, das auch mehr Raum für die hier untergebrachte Würzburger Tafel sowie eine für die Mieter attraktive Neugestaltung des Innenhofs beinhaltet..

Wohnungspolitik

Eines der drückendsten Probleme ist der akute Wohnungsmangel in den Ballungsräumen, der zu einem starken Anstieg der Mieten geführt hat. Zum einen resultiert

dies aus einer noch vor ein paar Jahren unterschätzten Bevölkerungsbewegung von ländlichen Regionen hin zu städtischen Ballungsräumen. Zum anderen, und dies insbesondere in Würzburg, aus einer ebenfalls unterschätzten Zunahme der Anzahl der Studierenden.

Zusätzlich wird der Wohnungsmarkt in den kommenden Jahren auch die Geflüchteten, die in Deutschland aufgenommen wurden und hier Bleiberecht erhalten, zu integrieren haben.

Die SPD hat in der Bundesregierung eine **massive Aufstockung der Fördermittel für sozialen Wohnungsbau** sowie ein **Programm für den Bau von 350 000 Wohnungen jährlich** durchgesetzt.

Des Weiteren fordert die SPD die Schaffung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten für Studierende, um die Konkurrenz zwischen Normalverdienern und Familien mit Kindern einerseits und Studenten-WGs andererseits auf dem frei finanzierten Mietwohnungsmarkt einzudämmen, zum Beispiel durch den Bau zusätzlicher Studentenwohnheime.

Mit der **Mietpreisbremse** hat die SPD ein zentrales Ziel ihres Wahlprogramms durchgesetzt. Die SPD fordert nun aufgrund der ersten Erfahrungen, diese zu **verschärfen**. Das wird von CDU und CSU abgelehnt. Konkret verlangt die SPD zum Beispiel eine gesetzliche Pflicht des Vermieters, die Vormiete offenzulegen sowie eine Kappungsgrenze für die Umlage von Modernisierungskosten. ■

Gesagt. Getan. Gerecht.

Die SPD macht Deutschland gerechter und moderner

Pflegestärkungsgesetz II

Seit 1.1.2017 haben 5 Pflegegrade die bisherigen 3 Pflegestufen abgelöst. Bei der Begutachtung werden die Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten der Menschen beurteilt und auch geistige und psychische Beeinträchtigungen stärker berücksichtigt. Die 5 Pflegegrade richten sich danach, wie viel Hilfe jemand braucht.

Menschen mit einer Pflegestufe werden automatisch in den nächsthöheren Pflegegrad übergeleitet, es ist keine erneute Begutachtung erforderlich. Und niemand wird finanziell schlechter gestellt. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung ist nur moderat angestiegen.

Damit wird die Pflege ausgebaut und mehr am Grundsatz „ambulant vor stationär“ ausgerichtet.

„Nein heißt Nein“ endlich Gesetz – neues Sexualstrafrecht

Künftig macht sich strafbar, „wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt“. Ob verbal oder nonverbal durch

schlüssiges Handeln ausgedrückt, ein erkennbares „Nein“ reicht künftig aus.

Der dafür neu eingeführte Tatbestand des "sexuellen Übergriffs" bei entgegenstehendem Willen wird mit einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis 5 Jahren bestraft. „Vergewaltigung“ bleibt als Delikt erhalten, hier beträgt die Mindeststrafe wie bisher 2 Jahre.

Der neue Tatbestand „Sexuelle Belästigung“ richtet sich gegen „Grapscher“. Eine sexuelle Belästigung liegt dann vor, wenn jemand „eine andere Person in sexuell bestimmter Weise berührt und dadurch belästigt“. Das Delikt kann mit Haft bis 2 Jahren oder Geldstrafe sanktioniert werden.

Dieses Gesetz ist ein entscheidender Schritt zur Stärkung des sexuellen Selbstbestimmungsrechts und ein großer Erfolg für die SPD.

Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen

Das Bundesteilhabegesetz nimmt die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe heraus. Die Eingliederungshilfe soll Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohten Menschen helfen, sich in die Gesellschaft einzugliedern.

Nun reicht ein einziger Reha-Antrag aus, um ein umfassendes Prüf- und Entscheidungs-

PKW-Maut

Keine Mehrbelastungen für deutsche Autofahrer!

Das bleibt SPD-Bedingung, um die Pkw-Maut-Pläne der CSU in der Regierung mitzutragen.

verfahren zu starten, auch wenn verschiedene Stellen für unterschiedliche Leistungen zuständig bleiben. Es ist nicht mehr nötig, sich mit mehreren Behörden auseinander zu setzen.

Mit dem Bundesteilhabegesetz werden die Träger von Reha-Maßnahmen wie die Bundesagentur für Arbeit oder die gesetzliche Rentenversicherung verpflichtet, drohende Behinderungen frühzeitig zu erkennen und Prävention zu ermöglichen.

Menschen mit Behinderungen sollen ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben führen können.

... und

Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende und das **Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit** zwischen Frauen und Männern sind auf den Weg gebracht. Das hat die SPD erreicht.

Auch der **Bundeshauhalt 2017** sieht keine neuen Schulden vor, wie seit 2014.

Die ab 2017 geltenden Regelungen zur **Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen** sind für die SPD ein erster wichtiger Schritt. Die SPD hätte gern weiterreichende Regelungen durchgesetzt, das war aber mit CDU/CSU nicht machbar.

Das „**Kleine Rentenpaket**“ ist ebenfalls auf den Weg gebracht: Verbesserungen bei der

Mindestlohn

Der gesetzliche Mindestlohn ist ab 1.1.2017 auf 8,84€ pro Stunde gestiegen.

Erwerbsminderungsrente durch eine schrittweise Anhebung der Zurechnungszeit, ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West durch einen schrittweisen Abbau der Unterschiede bis 2025 (Angleichung des Rentenniveaus Ost an West) und eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (bAV), für eine größere Verbreitung der bAV besonders in kleinen und mittleren Unternehmen und bei Beschäftigten mit niedrigerem Einkommen.

Das konnte die SPD in der Bundesregierung erreichen.

Die SPD will bei der Rente aber mehr:

Eine Solidarrente, die allen, die lange gearbeitet aber wenig verdient haben, garantiert, dass sie mehr bekommen als diejenigen, die nie eingezahlt haben.

Selbstständige in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rente einbeziehen.

Eine langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus durch eine doppelte Haltelinie, d. h. ein Halt für das Rentenniveau (das nicht grenzenlos sinken darf) und ein Halt für das Beitragsniveau (das nicht ungebremst steigen darf).

Das war mit CDU und CSU nicht machbar. Die SPD bleibt dran. Für eine Rente, die gleichzeitig gerecht und bezahlbar ist.

Die SPD will das Land gerechter und moderner machen.



Baubeginn Nautiland-Bad

Perspektivbild Ersatzneubau, Würzburger Bäder GmbH

Anfang März wird mit einer Abschlussveranstaltung das „alte“ Nauti verabschiedet und der Badbetrieb eingestellt. Im 2. Quartal 2019 soll das „neue“ Nauti fertig sein. Die Eisbahn wird bis Oktober 2017 saniert um den Betrieb im Winter 2017/2018 sicher zu stellen.

Die endgültige Entscheidung für den Nauti-„Ersatzneubau“ ist im Juli 2016 gefallen. Er entspricht in wesentlichen Punkten den Anforderungen, die 2010 im Rahmen der Bürgerwerkstätten formuliert wurden.

Basis war der einstimmige Grundsatzbeschluß des Würzburger Stadtrates vom 12. 11. 2009, der die Sanierung am Standort zu einem Familien- und Freizeitbad mit Gewährleistung des Schul- und Vereinsschwimmens beinhaltete, und damit die 2002 von der damaligen Oberbürgermeisterin Pia Beckmann versuchte eiskalte Schließung des Bades endgültig vom Tisch nahm.

Nach über 10 Jahren Kampf gegen die Schließung und für die Sanierung des Bades am Standort freut sich die SPD Zellerau-Mainviertel auf das „neue“ Nauti. ■

10 Jahre „Aktionsbündnis für den Erhalt von Nautiland-Bad und Eisbahn“

Am 16.9.2016 feierte das Aktionsbündnis aus DJK-Schwimmabteilung, Wasserwacht, TSG, Senioren-Wassergymnastikgruppe, ESV, WERV, SPD Zellerau-Mainviertel, CSU Zellerau und einer ganzen Reihe engagierter Einzelpersonen sein 10jähriges Bestehen.

10 Jahre Engagement gegen die Schließung, für die Sanierung des Bades am Standort und für das Einbringen der Interessen und Bedürfnisse der Vereine und Nutzergruppen in die Planungen. Mittlerweile prägt die Vorbereitung auf die Bauzeit mit der Ausweichplanung für den Schwimmsport und die Sicherstellung des Eis- und Rollsports die Aktivitäten. ■

Wir gratulieren!

Im 4. Quartal 2016 und im 1. Quartal 2017 gratulieren wir unseren folgenden Mitgliedern zu runden Geburtstagen:

Prof. Dr. Winfried Schenk – 60 Jahre

Brigitte Mayer – 65 Jahre

Peter Herbert – 70 Jahre

Dr. Ulrich Schreiber – 75 Jahre

Barbara Pfannes – 85 Jahre

Herzlichen Glückwunsch!



Unser Buchtipps



Stephan Hebel
*„Sehr geehrter AfD-Wähler,
 wählen Sie sich nicht
 unglücklich!“*
 Ein Brandbrief

Frankfurt,
 Westend Verlag, 2016
 64 Seiten 8,- €

Ein dringender Appell an die Enttäuschten und Wütenden: Vergeudet euren Protest nicht! Glaubte nicht den simplen Versprechungen von einer heilen deutschen Welt. Ein Denkanstoß für alle, die sich mit dem Gedanken tragen, die AfD zu wählen. Und für alle, die Argumente suchen, um das zu verhindern. Stephan Hebel wirbt für politische Klarsicht statt populistischer Phrasen. ■

Von Oktober 2016 bis Januar 2017
 verstarben unsere langjährigen Mitglieder

Lydia Reuß

im Alter von 63 Jahren

Hermann Weißenberger

im Alter von 91 Jahren

Franz Frank

im Alter von 81 Jahren
 und

Peter Lange

im Alter von 78 Jahren

Sie waren überzeugte Anhänger von
 Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

*Wir werden ihnen ein
 ehrendes Andenken bewahren.*

Watschn für CSU

Wer das Volk befragt, muss dessen Antwort ernst nehmen. Die bayerische Staatsregierung darf das Volk nicht unverbindlich fragen, das wäre verfassungswidrig. Mit dieser Entscheidung hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof ein Gesetz gekippt, mit dem die CSU im Jahr 2015 die Möglichkeit zu unverbindlichen Volksbefragungen durchgedrückt hatte. SPD und Grüne haben mit Erfolg dagegen geklagt.

Für die CSU und die Staatsregierung ist das Urteil eine schwere Schlappe.

Nicht zu verwechseln sind die Volksbefragungen mit Volksbegehren und Volksentscheiden, die es in Bayern schon seit 1946 gibt. Dafür gibt es Regeln, Quoren und thematische Einschränkungen. Grundsätzlich aber können die Wählerinnen und Wähler auf diesem Wege sogar Gesetze ändern oder erlassen. ■



Am 1. 12. 1946 stimmten Bayerns Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der ersten Landtagswahl über die bayerische Verfassung ab. Eine Woche später trat sie in Kraft.

„Vater der Verfassung“ war der Sozialdemokrat Dr. Wilhelm Hoegner, erster bayerischer Ministerpräsident nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihm ging es schon 1946 um Gleichberechtigung, Umweltschutz, Mindestlohn und das Recht auf Bildung, unabhängig von der Herkunft. ■

Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD

Niemand in Deutschland bestreitet, dass die SPD der Motor der Bundesregierung war: Der Mindestlohn, die Rente, die Verdreifachung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau, die Investitionen in Kitas, mehr Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die Stärkung der Kommunen, die doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern und vieles andere mehr.

Die SPD ist der Garant für eine gerechte, fortschrittliche, starke und demokratische Gesellschaft, in der miteinander, nicht gegeneinander gearbeitet wird.

Eine starke SPD ist die Voraussetzung dafür, dass die zentralen Themen der Zeit entschieden angepackt werden.

Dafür ist ein Politikwechsel nötig, denn Deutschland ist am Ende dessen angelangt, was man mit einer in sich zerstrittenen CDU/CSU erreichen kann.

Sprechstunden

unserer Stadträtin
Gisela Pfannes

jeden Samstag
von 9–10 Uhr,
unter ☎ 41 57 52



Impressum: SPD Zellerau, www.spd-zellerau.de
Vi.S.d.P. Klaus Friedrich

Weißenburgstraße 3
97082 Würzburg

Satz: Elstersatz, Wildflecken
Druck: bonitasprint, Würzburg
Auflage: 9200



Martin Schulz ist ein deutscher Europäer und europäischer Deutscher mit großem Ansehen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Seine Biographie zeigt, dass Aufstieg durch Leistung in dieser Gesellschaft möglich ist.

Er weiß, dass wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern sich einander bedingen.

Er weiß, dass gerechtere Gesellschaften leistungsfähiger, wirtschaftlich erfolgreicher und demokratisch geschlossener sind.

Seine Kandidatur dokumentiert den Willen der SPD für einen echten Neubeginn.

Unser Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal

buergerbuero@georg-rosenthal.de
www.georg-rosenthal.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46
97070 Würzburg
☎ 99 11 01 61

Unsere Europaabgeordnete Kerstin Westphal

augustin@kerstin-westphal.de
www.kerstin-westphal.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
☎ 45 25 31 28